

Abonnements-Bedingungen:
Monatlich 3.50 RM, monatlich 1.50 RM,
mehrmalig 30 Pf, frei ins Haus
eingeliefern...

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die hochgehaltene Kolonelle
oder deren Raum 60 Pf, für
politische und gewerkschaftliche...

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Telegraphisch: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Montag, den 12. März 1917.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Telegraphisch: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Neue Kämpfe gegen Höhe 185.

Im Vorfeld an der Aisne-Front — Feindliche Vorstöße zwischen Aisne und Oise — Neue Anstürme gegen Höhe 185.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 11. März 1917.
Westlicher Kriegsschauplatz.
Im Vorfeld unserer neuen Aisne-Front kam es gestern zu lebhaftem Artilleriekampf und bei Tages zu Infanteriegefechten...

Zwischen Aisne und Oise blieben nach heftigem Feuer einsetzende französische Vorstöße erfolglos.
In der Champagne erneuerten die Franzosen abends ihre Angriffe gegen unsere Stellungen auf dem Südhang der Höhe 185...

Berlin-Mexiko drahtlos?

Hand in Hand mit der Meldung, daß weitere amerikanische Handelsschiffe auf Sperrprobe fahren sollen, ergingen Befehle, die der amerikanischen Presse die Freiheit über Schiffsbewegungen zu unterrichten, verkürzten. Den deutschen U-Booten soll die Aktion gegen amerikanische Kriegsladungsfahrer keineswegs erleichtert werden...

Washington, 9. März. Neutermeldung. Die Regierung wurde halbamtlich verständigt, daß die Stadt Mexiko in direkter drahtloser Verbindung mit Deutschland stehe. Eine Untersuchung wurde angeordnet.

Washington, 9. März. Neutermeldung. Die Regierungskreise in Washington würden es für eine ernste Gefahr halten, wenn sich die Nachrichten über direkte drahtlose Verbindung zwischen Mexiko und Deutschland bewahrheiten sollten; denn dann wären deutsche Ozeanfahrerschiffe und U-Boote in der Lage, von deutschen Agenten in den Vereinigten Staaten genaue Einzelheiten über die Ausfahrt amerikanischer und anderer Schiffe zu erfahren.

Wenn die amerikanische Regierung sich in dieser drahtlosen Sache an Carranza wenden wird, so geschieht das alsdann sicherlich nicht bloß jener „ernsten Gefahr“ wegen. Wilson braucht jetzt zweifellos eine Gelegenheit, bei der sich über den besondern Fall hinaus drüsen läßt, wie sich Mexiko im Fall eines deutsch-amerikanischen Konfliktes zu seinem nördlichen Nachbar stellen wird.

Drei amerikanische Handelsschiffe unterwegs.

Basel, 11. März. Wie der „New York Herald“ erfährt, sind drei weitere amerikanische Dampfer nach den Häfen der Entente-Staaten unterwegs; nämlich Algonquia (2822 Tonnen), die City of Plueha (2023 Tonnen) und der Petroleumdampfer Illinois (5225 Tonnen), die beiden ersteren nach London, Illinois nach Le Havre fahrend. Die genaue Abfahrtszeit unbekannt, doch werden die Dampfer in den nächsten Tagen erwartet.

Abendbericht.

Amtlich. Berlin, den 11. März 1917, abends.
An der Aisne, zwischen Aisne und Oise, in der Champagne und beiderseits der Maas war die Feuerstätigkeit lebhaft.
Aus dem Osten ist nichts Besonderes gemeldet.

Der österreichische Bericht.

Wien, 11. März. Amtlich wird verkündet:
Westlicher und südöstlicher Kriegsschauplatz.
Keine besonderen Ereignisse.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die lebhaftere Artillerie- und Fliegerstätigkeit hielt namentlich in einzelnen Abschnitten der Isonthälischen Front auch gestern an.
In der vergangenen Nacht bewarfen italienische Weger die Städte Trieb, Ruggia, Isola und Pirano mit Bomben.

Die im Februar versenkte Tonnage. Hafenverkehr und Schiffdraum.

An den Tadel der englischen Wochenchrift „Truth“ gegen die „künstlich aufgebauchten Statistiken“, die zur Beruhigung über die U-Boots-Wirkungen in England von Minister-Rednern vorgebracht worden sind, knüpft eine längere Auslassung, die Wolffs Bureau verbreitet, folgende Bemerkungen:

Man muß, wie auch die „Truth“ ganz richtig sagt, daran festhalten: Der U-Boots-Krieg ist ein Krieg gegen den Handel zur See, und zwar ausschließlich gegen den Ueberseehandel. Legt man ihn zugrunde, dann freilich kommt ein ganz anderes Zahlenverhältnis heraus, als bei den offiziell verkündeten englischen Ziffern. Vor allem muß immer wiederholt werden, daß es nicht auf die Zahl der Schiffe, sondern auf den Frachtraum ankommt, der der englischen Handelsflotte entzogen wird. Wägen jetzt auch unter den Verhältnissen des Krieges mehr Schiffe kleineren Umfangs der Seefahrt zugeführt werden, um die vorhandenen Lücken auszufüllen, so kann man doch auch jetzt sagen, daß es wesentlich die Schiffe von 1500 bis 2000 Tonnen und darüber sind, die im Ueberseeverkehr zählen.

Im Januar 1917 sind rund 3,8 Millionen Tonnen Frachtraum in englischen Häfen eingelaufen. Rechnet man sie zu einem Durchschnitt von 3000 Tonnen, so handelt es sich in einem Monat um einen Eingangsverkehr von 1100 Schiffen gegen rund 2500 Schiffe in der Woche nach der amtlichen englischen Meldung. Maßgebend wird aber, wie gesagt, das Verhältnis des Frachtraums sein. Schon heute läßt sich übersehen, daß die im Februar versenkte Tonnage einen Prozentsatz des englischen Seeverkehrs darstellen wird, der auch weitreichenden Erwartungen bei Freund und Feind genügen kann. Die englischen Angaben über den versenkten Frachtraum sind durchweg falsch und bleiben weit hinter der Wirklichkeit zurück.

Schwindelnachrichten.

New York, 8. März. (Zuspruch vom Vertreter des R. I. V. Verspätet eingetroffen.) Allmählich werden viele der Mißverständnisse, die dem Mangel einer schnellen und verlässlichen Verbindung zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten zuschreiben sind, aufgeklärt. Dadurch werden viele ärgerliche falsche Ansichten beseitigt. Wenden, der Berliner Korrespondent der „Baltimore Sun“, der Gerard begleitete, hatte in Havanna eine Unterredung mit dem Korrespondenten der „New York World“, in der er erklärte, daß Gerard in Berlin nicht als Geisler zurückgehalten wurde, und daß es völlig unwahr sei, daß die Amerikaner in Berlin ihrer Freiheit beraubt worden wären oder unwürdige Behandlung erfahren hätten. Die ganze Verwirrung sei nur durch den Mangel direkter Nachrichten aus Amerika und den reichlichen Zustrom schwindelhafter Nachrichten über London verursacht worden.

Zeit gepudertes Perücken.

Wie hohe Tagegelder die Mitglieder des preussischen Dreiklassenhauses beziehen, ob sie und wohin sie freie Fahrt genießen, ist uns unendlich gleichgültig. Die Zeit hat wichtigere Sorgen. Die Art, wie der Diätenbeschuß des Abgeordnetenhauses vom Herrenhaus abgelehnt wurde, kann uns nicht gleichgültig sein. Denn aus den Reden der Herren, die sich nach Beaumarchais berühmtem Wort, die Mühe gegeben haben, geboren zu werden, spricht ein unerträgliches Hochmut, der als schrille Diffonanz in unsere Zeit hineinlingt.

Es hieße sich selbst belügen, wenn man behaupten wollte, daß den Reden derer von Jork und von Buch keine Bedeutung mehr innewohne, und daß man davon das Herrenhaus Preußens gleichsam als politischen Naturpark in seiner Eigenart bestehen lassen dürfte. Der Einfluß dieser Herren ist groß. Er umfaßt, schlecht gerechnet, fast die Hälfte der preussischen Abgeordnetenversammlung, er drückt aus beiden Parlamenten auf die preussische Staatsregierung und durch sie auf die Reichsregierung. Mehr noch als die preussische Gesetzgebung ist die preussische Verwaltung von ihm durchtränkt.

Uns modernen Menschen, bis weit in die Reihen des bürgerlichen Liberalismus hinein, erscheinen jene merkwürdigen Gestalten sozusagen als Geistesherren. Wir können uns kaum vorstellen, daß es wirklich noch dergleichen gibt, und darum neigen wir dazu, die geistigen Emanationen jenes vornehmen Kreises nicht ernst zu nehmen. Das ist ein schwerer politischer Fehler. Die Herren, die wir uns, wenn wir ihre Reden lesen, nur mit Escharpin und gepuderten Perücken vorstellen können, und deren Stimme uns wie der Ton vergangenener Jahrhunderte klingt, sie sind in Preußen-Deutschland immer noch sprunghafte Kräfte, und stärker als sie sich bisweilen laut äußern, wirken sie ununterbrochen im stillen.

Nur darum kann sich der Geist der Jork und Buch auch mit solchem Selbstgefühl äußern, aus dem das Bewußtsein spricht: Das Abgeordnetenhaus ist wenig, der Reichstag noch weniger, wir sind die Herren! Nur solches Herrenbewußtsein kann den Sach wagen, man dürfe nicht immer von den Verhältnissen des Reiches auf Preußen exemplifizieren, man könne vielmehr mit größerem Recht eine Anekdote des Reiches an Preußen verlangen. (Jork.) Nur ein solches Herrengefühl kann sich bei dem Gedanken an die Freiheit der Abgeordneten mit der Vorstellung belustigen, wie „jeden Augenblick einer erster Klasse angefahren kommt“ (Buch unter großer Heiterkeit.) Das ist die Sprache eines Mirbach und Montenuffel, die in früheren Jahren im Herrenhaus offen für die Beseitigung des Reichstagswahlrechts durch einen Staatsstreich eintraten. Das ist die Sprache eines Herrn v. Brandenstein, der sich im selben Hause über die Benennung der ersten Klasse durch nicht landesgemäße Elemente — mit „zerlegbaren Semden“ — aufregte. Würde dieser Text und dieser Ton der Umarmung nicht mit nachdrücklichstem Ernst zurückgewiesen werden, so wären wir wahrlich nicht der angeblich so großen Zeit würdig, in der wir leben.

Von dieser Zeit hat man in den Entgegnungen des Regierungsvertreters, der die von der Regierung beschlossene Vorlage gegen das Herrenhaus zu verteidigen hatte, wahrhaftig nichts gespürt. Der das Wort führte war der Unterstaatssekretär Drems, da der Minister des Innern, Herr v. Sockell, krank war, und Preußen im übrigen längst einen unauffindbaren Ministerpräsidenten besitzt. Warum hält denn Herr v. Bethmann nicht eine seiner großen Fortschritt- und Freiheitsreden im Herrenhaus als Antwort auf die Reden der Jork und Buch? Warum kündigt er nicht dort die Maßnahmen an, die er ergreifen will, um „Rust und Roder“ (oder hieß es gar „Unrat“?) der Vorkriegszeit zu beseitigen? In einer Zeit, in der soziale Beispiele helbenmütiger Aufopferung für die Gesamtheit geboten werden, möchte man dem Reichskanzler nicht gern zumuten, daß er sich in seinem Verhalten von der berühmten Tochter der Weisheit leiten lasse, und nicht annehmen, daß das jüdische Scheidemann zitierte Soldatenwort „Wehr Angst als Vaterlandsliebe!“ ohne weiteres auf ihn zutrefte.

Warum dann aber nicht Auge in Auge, Mann gegen Mann? Herr v. Bethmann weiß genau, woran er ist. Er weiß, daß nach dem Abzuge der große Versuch kommen wird, das alte Regiment, das alte Regiment und Zeitalter der gepuderten Perücken, wieder aufleben zu lassen. Er weiß, daß

Dieser widergeschichtliche Versuch zum Scheitern verurteilt ist, daß er aber unabschbares Unheil über Reich und Staat zu bringen droht. Auf der einen Seite Einheitslosigkeit oder Kraft, auf der anderen Einsicht ohne Kraft — das gibt schlechte Ansichten. Der Kanzler des Deutschen Reiches trägt eine Verantwortung, die auch einen Starren zermalmen kann. Jene treibt ihre Bestimmung, wie sie ihnen im engen Kreis ihres Burgbofs zugewachsen ist. Sie sind vor der Geschichte nicht die Schuldigen. Den aber, von dem sie sagen wird, daß er gewußt und nicht gekonnt hat, wird ihr Urteil treffen und vernichten.

Ein Artikel des Landtagsabgeordneten Genossen Konrad Haenisch über die Freitagskündigung des Herrenhauses schließt mit folgender Betrachtung:

Sehr bezeichnend ist, daß Herr von Schorlemer, der einzige Minister, der den Verhandlungen beiwohnte, mit seinem Worte gegen die Rede des Grafen Nord die Versicherung einlegte. Wie heißt doch das lateinische Sprichwort? „Wer schwimmt, scheint zugestimmt!“ Und in der Tat kann man nicht bezweifeln, daß Graf Nord nicht nur dem Herrn von Schorlemer, sondern auch gewissen anderen Leuten aus der Seele gesprochen hat.

So wurde denn die Freitagskündigung der preussischen Granden zu einem politischen Ereignis ersten Ranges. Das Schicksal der Diätenvorlage selbst ist verhältnismäßig belanglos. Das Entscheidende sind die Begleitumstände und für die Beurteilung des Herrn von Bethmann Hollweg wird es äußerst wichtig sein, zu erfahren, ob er auch diesen neuen Vadenkreuz geduldig hinnehmen wird. Duldet er auch das noch, so wird, nachdem er vorher schon die Einbringung des unglaublichen Fideikommissgesetzes stillschweigend zugelassen und nachdem er nicht die Kraft aufgebracht hat, Herrn von Schorlemer von seinem Votum zu entfernen, kein Mensch mehr an seinen ernsten Willen zur Reorientierung glauben. Mit schönen Worten sind wir von dem Reichskanzler, der zugleich preussischer Ministerpräsident ist, jetzt wirklich lange genug abgespeist worden. Das deutsche und besonders das preussische Volk hat ein volles Recht darauf, nun endlich auch Taten zu sehen. So wie bisher geht es jetzt nicht mehr weiter! Herr von Bethmann Hollweg muß sich endlich des ganzen fürchterlichen Ernüßes der inneren Lage bewußt werden, und er muß sich auch der Rückwirkungen bewußt werden, die diese Lage schließlich notwendigerweise auf die Stellung des Reiches nach außen hin ausüben muß. Mit dem Grafen Nord zu Wartensburg und auch mit Herrn von Schorlemer reden wir nicht. Sie reden und handeln, wie ihre Überzeugung es ihnen vorschreibt. Die volle Schwere der Verantwortung trifft in diesem Augenblick allein den Reichskanzler. Was gedenkt er zu tun?

Sinnland fordert Einberufung des Landtags.

Kopenhagen, 11. März. Aus Helsingfors wird gemeldet, daß aus allen Bevölkerungskreisen die Einberufung des finnischen Landtags gefordert wird. Ohne Unterstützung des Landtags könne die Lebensmittelfrage in Finnland, wie allerwärts geltend gemacht wird, keine befriedigende Lösung finden.

Die deutsch-chinesischen Beziehungen.

London, 11. März. Neuter meldet unterm 6. März aus Peking: Aus näheren Berichten über die politische Krise geht hervor, daß der Präsident bezüglich der Beziehungen zwischen China und Deutschland eine vorläufige Haltung einnehme und sich tatkräftig dem Beschluß des Ministerrats, die Beziehungen mit Deutschland zu brechen und Maßnahmen zu ergreifen, welche sogar den Anschluß bei der Entente in sich schließen, widersetze. Der Präsident erklärte, daß er allein die Befugnis hätte, einen Krieg zu erklären. Als der Ministerpräsident seine Entlassung eingereicht hatte, änderte der Präsident der Republik seine Haltung, da fortan alle bedeutenden Politiker und die übergroße Mehrheit des Parlaments die Politik der Regierung

unterstützten. Um die Krise beizulegen, begab sich der Vizepräsident Fengnois nach Peking, um den Präsidenten des Ministerrats zu bewegen, sein Entlassungsgesuch zurückzuziehen.

Nach einer weiteren Neutermeldung hat der Ministerpräsident eingewilligt, im Amt zu bleiben.

Gefangenenbehandlung hüben und drüben.

Unter der Überschrift „Rügen der französischen Regierung“ teilt die „Nordd. Allgem. Ztg.“ mit, daß ein französischer Funkpruch wahrheitswidrige Angaben über die deutschen Vergeltungsmahregeln verbreite. Der Funkpruch beruft sich auf ein Urteil des Vorsitzenden des Roten Kreuzes in Genf, Ador, der die deutschen Kriegsgefangenen im Operationsgebiet besucht und sehr günstige Eindrücke empfangen habe. Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ bemerkt dazu, man habe Herrn Ador wohl ein Potemkinsches Lager porgeführt.

Ueber die Verhandlungen, die zwischen den beiden Regierungen gepflogen wurden, gibt die „Nordd. Allgem. Ztg.“ einen längeren Bericht. Danach hat die deutsche Regierung durch eine Note vom 21. Dezember 1916 die französische Regierung aufgefordert, alle deutschen Kriegsgefangenen im Operationsgebiet mindestens 30 Kilometer hinter der Front in guten Lagern zu vereinigen und nicht näher an der Feuerlinie zu beschließen. Für den Fall der Weigerung oder des Ausbleibens einer Antwort wurden zum 15. Januar die Vergeltungsmahregeln angedroht. Die Note wurde der französischen Regierung sofort nach Paris telegraphiert. Die vom 15. Januar datierte französische Antwort gelangte erst nach Berlin, als die Gegenmahregeln entsprechend der Ankündigung bereits eingeführt hatte. Der Inhalt der Antwort war größtenteils unbefriedigend. Die französische Regierung hat die deutsche Forderung nicht erfüllt, sondern sich lediglich bereit erklärt, die Kriegsgefangenen Deutschen 20 Kilometer hinter die Front zurückzunehmen. Dort sind sie aber vor dem Feuer weittragender Geschütze noch nicht genügend gesichert und Fliegerangriffen besonders ausgesetzt. Diese Erklärung genügt selbstverständlich nicht zur Aufhebung der Gegenmahregel, besonders da mit Verhörungen der französischen Regierung in Kriegsgefangenenangelegenheiten sehr schlechte Erfahrungen gemacht worden sind. Aus diesen Gründen muß die deutsche Regierung zunächst die restlose Erfüllung ihrer Forderung verlangen, ehe sie die Vergeltungsmahregeln aufhebt. Dieser Standpunkt wurde der französischen Regierung Anfang Februar eröffnet. Dabei wurde ihr angeboten, das ganze Operationsgebiet beiderseitig von Kriegsgefangenen völlig zu räumen. Dies Angebot beweist allein, daß die deutsche Regierung die französischen Kriegsgefangenen nicht, wie der französische Funkpruch behauptet, „aus Mangel an Arbeitskräften“ im Operationsgebiet beschäftigt. Seitdem hat die französische Regierung sich nicht geäußert.

Der Wirrwarr im russischen Verkehrswesen.

Kopenhagen, 11. März. Im russischen Reichsrat brachte nach den letzten Meldungen aus Petersburg der Präsident des Kriegsindustriekomitees Gutschkow im Namen von 26 Mitgliedern des Reichsrats eine Interpellation über die Lebensmittelversorgung ein. Er richtete dabei einen sehr scharfen Angriff gegen die Regierungspolitik. Der Redner führte aus:

Die bereits seit langem bekannte Desorganisation des russischen Verkehrswezens habe nun solche Formen angenommen, daß sie drohe zu einem Staatsunglück zu werden. So wie gegenwärtig die Versorgung des Landes und Heeres mit Lebensmitteln erfolge, müßte der Krieg mit einer Katastrophe für Rußland enden. Das auf den Lokomotiven aufgelagerte Getreide werde nicht weiterbefördert. In Sibirien seien so ungeheure Getreidevorräte, daß sie jetzt von Hunger bedrückt seien. Seit Mitte Februar seien die Bahnen nur mit der Beförderung von Brenn-

material für den eigenen Bedarf beschäftigt, während das Land unter Mangel an Brennmaterial leide. Viele Mühlen, die Getreide genug zum Mahlen hätten, müßten den Betrieb wegen Mangel an Brennmaterial einstellen. Wegen Mangels an Beleuchtung seien nach Sonnenuntergang die Städte und Dörfer in ganz Rußland in tiefster Dunkel gehüllt, wodurch die kostbare Arbeitszeit verkürzt werde. Trotz aller Versicherungen der Regierung sei eine Verringerung in den Zuständen noch nicht eingetreten. Der tiefe Abgrund zwischen Regierung und Volkserziehung sei der wahre Grund des jetzigen Zustandes der Auflösung, der die Lebensinteressen des Landes bedrohe und das Vestehen des Reiches untergrabe.

Gutschkow forderte schließlich eine Antwort auf folgende Frage: Welche Maßnahmen ergreife die Regierung zu ergreifen um dem vorläufigen Verfall des Verkehrswezens vorzubeugen und die Versorgung des Heeres und Landes mit Lebensmitteln, Brennmaterial und Rohstoffen zu sichern. Der Beschluß auf Zulassung der Interpellation zur Beratung im Reichsrat wurde einstimmig gefaßt.

Die russische Presse begleitet die Besprechung dieser Sitzung mit heftigen Angriffen gegen die Regierung. „Kuplaja Wolja“ sagt, die Regierung könne auf diese Anfrage nicht mit Worten antworten, sondern nur mit einer einzigen Tat, nämlich ihrem Rücktritt. Wenn auch nicht zu erwarten sei, daß dieses geschehen werde, so sei es doch die Pflicht jedes Bürgers, ihn immer wieder laut zu verlangen.

Rußlands Lebensmittelnot in der Duma.

Scheidse für das deutsche Friedensangebot.

Kopenhagen, 10. März. (B. L. B.) Nach Berichten der russischen Zeitungen nahm die erste Sitzung der neuen Session der Reichsduma einen ganz anderen Verlauf, als die Petersburger Telegraphen-Agentur meldete. Die Reden der Abgeordneten waren von heftiger Erregung durchdrungen. Alle Redner stellten die trostlose Lage auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung und die Unfähigkeit der Regierung fest, das Land aus dieser Lage herauszubringen. Jedoch hielt sich — bis auf einige Ausnahmen — die Kritik an der Regierung in mäßigen Grenzen. Das offiziöse Blatt „Kolokol“ schreibt, der Wille, eine Auflösung der Duma zu beschließen, habe der ersten Sitzung das Gepräge verliehen.

Nach einer farblosen patriotischen Ansprache des Dumapräsidenten Rogjanko ergriff der Landwirtschaftsminister Ritsch das Wort. Er schilderte eingehend die traurige Lage des Lebensmittelmarktes. Die Bevölkerung der Regierung zum Einkauf von Getreide für die Armee händen vor unüberwindlichen Schwierigkeiten. Im Dezember und Januar habe noch unter Schwierigkeiten Getreide beschafft werden können, es bestehe jedoch keine Sicherheit, ob das auch weiter gelingen werde. Die Landesbevölkerung besitze Geld genug und halte ihre Vorräte zurück. Daran sei das oppositionelle Verhalten gewisser Gesellschaftsschichten gegenüber der Tätigkeit des Landwirtschaftsministeriums schuld. Statt unter der Landesbevölkerung für die Herausgabe der vorräthigen Landwirtschaftsprodukte im öffentlichen Interesse Propaganda zu machen, werde unter derselben das Vertrauen zur Regierung immer mehr untergraben. Sie sehen, schloß Ritsch, ich bin gar nicht optimistisch gesinnt, ich fürchte mich vor der Politik, die Zwietracht sät. Ich erwarte mit Ungeduld die Antwort der Duma.

Nach Ritsch verlas der Oktoibrst Scholowski eine Erklärung des progressiven Blocks, die die jetzige Regierung für unfähig erklärte, das Vertrauen des Landes zu erwerben. Hierauf sprach der Sozialist Scheidse, der sich hauptsächlich gegen die Politik des progressiven Blocks wandte. Er gestellte, daß der progressive Block das Friedensangebot Deutschlands für nicht wert erachtete, sich damit zu befassen.

Wieder habe der Block trotz seiner konsequenten Kriegspolitik keine Wenderung des Regierungssystems durchsetzen können. Solche Wenderung könne nur ein Kampf im Innern des Volkes herbeiführen. Scheidse schloß: Die jetzige Regierung strebt dem Abgrund zu und wird auch Euch mit hineinziehen.

Russischewitsch sagte u. a.: Die deutschfreundliche Partei gewinnt in unserem Vaterlande täglich Boden. Die Regierung ist demokratisiert und drängt Rußland dem Abgrund zu.

Der Führer der Progressivfraktion Efrenow bezeichnete die Beschäftigung der Arbeitergruppe des Kriegsindustriekomitees als einen Schlag ins Gesicht des ganzen russischen Volkes. Die Lage des Landes sei katastrophal. Unter der Bevölkerung greife immer mehr Hoffungslosigkeit Platz. Die Zahl derjenigen, die an der Duma vorbei Wege zur Befreiung des Systems suchten, wachse täglich.

Einiges über die Kriegsblinden.

Von Wilhelm Cornel, Berlin.

Unzere Kriegsblinden haben seitens der Bevölkerung rege Teilnahme gefunden. Sie wurden viel bewilligt, und viele hatten den guten Willen, ihnen zu helfen. Der großen Menge jedoch fehlt die Gelegenheit, die Lebens- und Geistesbedürfnisse der Kriegsblinden genauer kennen zu lernen.

Ich habe seit Februar 1915 viel Gelegenheit gehabt, mit Kriegsblinden umzugehen und Einblick in ihr inneres Leben zu bekommen.

Im allgemeinen habe ich gefunden, daß die Kriegsblinden ihr schweres Los je nach ihrer Charakterveranlagung tragen. Ich kenne unter ihnen Leute, die sich in einigen Monaten mit ihrer Lage abgefunden hatten, wenn auch zeitweilig schwere Stunden eintreten, Stunden des Protestes oder gänzlicher Interesslosigkeit, die aber bei freundlicher Anteilnahme bald vorübergehen. Am schwersten tragen ihr Los die zum Rasendenen veranlagten Menschen, die nur durch Arbeit und geistliche, liebevolle Teilnahme von ihren düsteren Grübeleien abgelent werden können.

Der gebildete Mensch, der an sich genüßt ist, seine inneren Zustände zu analysieren, leidet moralisch natürlich härter als z. B. derjenige, der in der Lage ist, sich durch mechanische, rein physische Arbeit abzulenken und zu ermüden. Arbeit für den Körper und Ablenkung für den Geist braucht der Kriegsblinde am allermeisten. Es ist viel schwerer, die Existenzfrage für einen Kriegsblinden zu lösen als für einen anderen Kriegsblinden, und allzu bald tritt diese Frage „Wie frißt ich mein Leben weiter“ an ihn heran. Schon für den in wohlhabenden Verhältnissen lebenden Kriegsblinden ist die Art der zu ergreifenden Beschäftigung von größter Wichtigkeit, um so mehr aber für den Unbemittelten.

Dank den großen, mit glänzendem Erfolge gekrönten Bemühungen des Herrn Professors Sileg und seiner treuen Helferin Fräulein Hirsch (die selbst blind ist), ist Hunderten von Kriegsblinden aus der Arbeiterklasse die Möglichkeit gegeben worden, in verschiedenen Betrieben vollwertige Arbeit zu finden. Da die Leistungen dieser Kriegsblinden vortrefflich sind, kann man annehmen (wenn man sogar die Dankpflicht, die man diesen Opfern des Krieges schuldet, außer Betracht zieht), daß sie auch nach dem Kriege weiterbeschäftigt werden. Die Kriegsblinden, die die Mittelschule besucht haben, wollen und sollen ja auch nicht zu Fabrikarbeitern übergehen, und können z. B. als Maschinenschreiber in Bureaus vollwertige Arbeit leisten. Leider wird diese Arbeit nicht so gut als die der gewöhnlichen Fabrikarbeiter bezahlt. Erstens ist dieser Beruf an sich ein sehr unlohnender, zum Teil von weiblichen Kräften. Zweitens besteht gegenüber den Leistungen eines Blinden großes Mißtrauen und deshalb

werden ihm keine größeren Aufgaben überwiesen, und drittens wird das Gehalt oft unter Berücksichtigung seiner Rente festgesetzt. Gegen den ersten Mißstand läßt sich nichts machen. Gegen das Mißtrauen hilft ein Versuch mit einem Kriegsblinden, der vielen eine große Ueberraschung bringen wird. Der dritte Punkt aber, die hohe Staatsrente, bedarf einer Beleuchtung. Die Rente beträgt mit allen Zulagen 114 M. monatlich für Mannschaften. Für einen Sehenden ist es wohl eine schöne Unterstützung, für einen Blinden mindert sich ihr Wert wesentlich. Schon bei der Wohnungsfrage schneidet der Kriegsblinde schlecht ab. Als meine Frau bei Kriegervitwen und Kriegerverwunden Zimmer für Kriegsblinde suchte, wurde sie sofort unter verschiedenen Ausflüchten abgefunden, sobald sie erwarhte, daß es sich um einen Blinden handelt. Auf ein Inserat kamen einige Angebote, jedoch waren die meisten aus Wohnungs- und Beförderungsräumen unannehmbar.

Das billige nur 100 Mark für ein einfaches Zimmer mit Verköstigung. Hierzu kommen noch die nicht unerheblichen Kosten für einen Führer und die üblichen Ausgaben für Wäsche und Reparaturen. Leider ist mir auch bekannt, daß die Blinden öfters ungünstig einkaufen. Dazu kommt noch, daß der Kriegsblinde bei Fahrten in der Elektrischen oder Stadtbahn außer sich auch noch für seine Augen, d. h. seinen Führer, Fahrkarten lösen muß. Ebenso verhält es sich bei Besuch eines Konzertes oder Theaters, was einem Kriegsblinden nicht oft genug gegönnt werden kann. Vielleicht würde die geeignete Stelle in dieser Angelegenheit die rechtliche Abhilfe schaffen können.

Aus dem Gefolge ist ersichtlich, daß der Kriegsblinde für Wohnung, die er unbedingt in der Nähe seiner Tätigkeit suchen muß, Fahrten, kleine Einkäufe usw. unergiebiglich mehr Ausgaben hat als ein Sehender, und daher der Rest seiner Rente ganz unbedeutend und jedenfalls zum Leben ungenügend ist. Gänzlich unbegründet ist also die Annahme, ein Kriegsblinder könne sich mit sorgem Lohn begnügen, da er eine staatliche Unterstützung bekomme.

Die Leistungen der Kriegsblinden werden bei den meisten zu gering beurteilt. Ich kann aus Erfahrung behaupten, daß, wenn man sich der Lage derselben etwas anpaßt, ihre Leistungen über jedes Erwarten hoch sind. So habe ich z. B. in meinem Bureau einen Kriegsblinden als Korrespondenten, der täglich mehrere Tausend Briefe und komplizierte Rechnungen ganz selbstständig schreibt, Rechnungen, bei denen die Zahlen in drei Arabischen kommen müssen. Ich bitte jeden, der sich dafür interessiert, sich bei mir im Bureau, Ritterstraße 73, zu überzeugen, daß der Blinde ohne jegliche Beihilfe alle Arbeiten fehlerlos erledigt. Ich kenne auch noch andere Kriegsblinde, die bei Behörden angestellt sind, wo man offen gesteht, daß der Kriegsblinde Korrespondent eine reinerer und schnellere Arbeit liefert als eingearbeitete, sehende Schreibetinnen.

Wer nicht allein die Sorge um das tägliche Leben ist beim Kriegsblinden das wichtigste. Der seelische Zustand bei vielen ist schwer erschüttert und bedarf Anteilnahme. Ich habe bemerkt, daß die Kriegsblinden anfänglich sehr mißtrauisch und empfindlich sind. Erstes Gefühl wird begreiflich, wenn man bedenkt, daß jeder Gegenstand, der nicht mehr in greifbarer Nähe von ihnen liegt, für den Blinden schon halb verloren ist. Die Unmöglichkeit, etwas anzusehen und zu prüfen, vergrößert noch das Mißtrauen. Das Gefühl der Hilflosigkeit und beständige Abhängigkeit von den Mitmenschen, die nicht immer schonend und tolerant sind, macht ihn besonders empfindlich. Lautes Bedauern sowie Rücksichtslosigkeit bedrückt den Blinden schwer. Man sollte ihm sein Gebreden so wenig wie möglich merken lassen. Er ist auch einmal niedergedrückt und schlechter Laune, da bedarf er Gehuld und Rücksicht und braucht Zerstreuung. Der Kriegsblinde sollte nicht bloß von Lebenssorgen bedrückt, sondern auch mit Liebe und Rücksicht behandelt werden, und da kommen wir zu dem Schluß, daß ihm alles dieses eine liebevolle Frau am besten geben kann. Viele der Kriegsblinden aus der Arbeiterklasse, die in Fabriken guten Verdienst gefunden haben, sind bereits verheiratet und sind auf diese Weise am besten aufgehoben. Die Intellektuellen aber und die Studirenden, die weniger oder noch nichts verdienen und doch ein bescheidenes, ihren Begriffen entsprechendes Leben führen möchten, können mit den heutigen Renten an kein Familienleben denken und müssen bei fremden Menschen Untersucht suchen. Werkwüthgerweise bleibt fast kein Kriegsblinder längere Zeit im Elternhause, vielleicht aus dem Gefühl, daß er der Familie zur Last fällt.

Was zu begreiflich war der Gedanke, den Blinden alle Mühseligkeiten aus dem Wege zu schaffen, indem man sie in einem besonderen Blindenheim unterbringt. Diese Lösung nimmt den Kriegsblinden die Sorge um das tägliche Leben, nimmt ihm aber auch den Glauben an die Möglichkeit einer selbständigen Existenz und macht ihn zum seelischen Krüppel, denn die Absonderung des Kriegsblinden, der sein ganzes bisheriges Leben im Verkehr mit der Umwelt verbracht hat und von derselben abgeschlossen werden soll, nimmt ihm jede Lebenslust. Unter sehenden Menschen, die ihn nachsichtig, aber nicht wie ein unmündiges Kind oder einen Menschen zweiten Ranges behandeln, bekommt der Kriegsblinde, wenn er erst wieder erwerbsfähig wird, Lebenslust und findet sich langsam mit seinem schweren Los ab.

Bei gutem Willen lassen sich für Kriegsblinde noch viele Erwerbszweige finden, die von ihnen vollwertig besetzt werden könnten. Bedenken wir, welch schweres Gefühl der an das Leben gewöhnte Kriegsblinde haben muß, wenn er sich in der Volkstrait seiner Jahre als für diese Welt abgetan betrachten muß. Indem wir ihm zu einer Existenz verhelfen, geben wir ihm dem Leben und seine Kraft der Allgemeinheit zurück.

Der Anschlag gegen Lloyd George.

Die englische Geheimpolitik am Branger.

London, 11. März. Gestern Abend wurde in der Strafkammer gegen die vier Personen, die angeklagt waren, die Minister Lloyd George und Henderson zu ermorden, vom Central-Gerichtshof das Urteil gesprochen. Frau Wheel- dom, die Haupturheberin, wurde zu 10 Jahren, Alfred Mason zu 7 Jahren und Winnis Mason zu fünf Jahren Zwangsarbeit verurteilt, Harriet Wheel-dom wurde freigesprochen. Die Verhandlung war erst spät am Abend beendet. Der Advokat Rica sprach vier Stunden lang und geißelte die Art und Weise, auf welche die gerichtliche Verfolgung der Angeklagten stattgefunden hätte, die er eine Schande für England nannte. Er verurteilte in scharfen Worten die Anwendung der englischen Geheimpolizei. Der Generalstaatsanwalt sprach fast zwei Stunden lang und führte aus, daß es in diesen gefährlichen Zeiten in England unerlässlich wäre, auf den Gebrauch von Geheimpolizisten zu verzichten, vor allem in Fällen wie der vorliegende es ist. Die Richter kamen zu dem Schluß, daß die beiden Mason ihres jugendlichen Alters wegen freigesprochen werden müßten.

Ein U-Boot-Brief an Briand.

Bern, 11. März. Wie aus Pariser Meldungen hervorgeht, war die vorgestrige Kammer Sitzung in Paris außerordentlich bewegt und hitzig. Besonders Auffsehen erregten die Ausführungen des Vorsitzenden des Budgetausschusses Rioz, der den Brief verlas, den er am 30. März 1916 an Briand gerichtet hatte, um angesichts des U-Boot-Kriegs auf die Dringlichkeit von Gegenmaßnahmen hinzuweisen. Darauf habe aber die Regierung nur zögernd und unvollkommen Bescheid gegeben und erst im Februar 1917 vor der Budgetkommission einige genauere Angaben gemacht. Diese Politik der Regierung könne man nicht gut heißen.

Die Erregung, die bereits groß war, steigerte sich noch, als Briand bei Beginn seiner Rede betonte, daß die ganze Debatte einen ausschließlich politischen Charakter angenommen habe. Es sei leicht, Briefe zu verlesen, welche gegen die Regierung gerichtet seien, die täglich mit den größten Schwierigkeiten kämpfe. Es sei leicht, damit das Gelände für anderweitige Erörterungen vorzubereiten. Es sei auch leicht, bezüglich aller Fragen eine ausführliche Anfrage gegen die Regierung auszuwerfen.

Nach Stellung der Vertrauensfrage ergab die Abstimmung 266 dafür und 178 dagegen bei 40 Enthaltungen. 73 Deputierte waren abwesend, von denen die Mehrzahl bei früheren Abstimmungen sich als Regierungsgegner gezeigt hatten. Bei der zweiten Abstimmung, die übrigens nur 205 Stimmen für die Regierung ergab, enthielt sich mit ganz wenigen Ausnahmen die gesamte Minorität der Stimme. Es ist dabei hervorzuheben, daß die diesmalige Mehrheit der Regierung die schwächste Mehrheit seit der Bildung des Kabinetts Briand im November 1915 darstellt.

Kirchliche Ruffizier-Arbeit.

Die russische Kirche hat in letzter Zeit eine eifrige Missionstätigkeit unter Andersgläubigen aufgenommen, und zwar nutzt sie die Kriegszeit dabei geschickt aus. Der Protobischof der Arme und Flotte hat fünf Armeemissionare bestellt, deren Aufgabe es ist, die Soldaten zur griechisch-orthodoxen Kirche zu bekehren. Daß diese Hand in Hand mit der militärischen Disziplin arbeiten werden, wissen wir, daß es dabei nicht ohne Zwang abgehen wird, scheint ebenso klar. Früher griff die Staatskirche ohne Bedenken zum Verzug, um Fremdgläubige anzulocken. So wurde den Kaufleuten Land versprochen, das sie nachher nicht erhielten.

Andererseits ist die Staatskirche gegenüber Fremden schelbar entgegenkommender geworden, indem sie den Bekehrten den Gottesdienst in der Muttersprache ermöglicht. Neuerdings sind in Petersburg eine georgische und zuletzt eine lettische griechisch-katholische Gemeinde gegründet worden. Eine finnische und estnische bestehen schon seit einiger Zeit. Die lettische Gemeinde hat bereits ihr Statut der Behörde zur Bestätigung vorgelegt und den Metropoliten Piltin um seine Unterstützung zur Erlangung einer eigenen Kirche gebeten. Das russische Staatsbürgerrecht verlangt die Zugehörigkeit zur Staatskirche, und erst an zweiter Stelle ist ein Aufgehen im Großrussentum erforderlich. Demgemäß sind die Bestrebungen des Russismus in erster Linie darauf gerichtet, die Fremdstämmigen der Staatskirche zu gewinnen, selbst wenn dieses zeitweilig Konzessionen in nationaler Beziehung erforderlich machen sollte.

Der Kampf an der Tigrisfront.

Räumung der Atesiphon-Stellung.

Konstantinopel, 10. März. Amlicher Bericht vom 10. März. Tigrisfront. Seit gestern ist die Kampftätigkeit auf beiden Ufern des Tigris heftig geworden. Ein von fünf feindlichen Bataillonen auf unsere Stellungen am Südufer des Tigris gemachter Angriff wurde unter schweren Verlusten für den Gegner durch unser Feuer abgeschlagen. Der Feind blieb zum Teil auf ungefähr achthundert Meter Entfernung vor unseren Stellungen, zum Teil wurde er gezwungen, sich zurückzuziehen.

London, 10. März. Amlicher Bericht aus Mesopotamien.

Unsere Kanonenboote und unsere Kavallerie eroberten am 7. d. M. den Feind, der in verhältnismäßig großer Zahl eine Linie am Dalfusse besetzt hielt. Am folgenden Tage vertrieben wir den Feind in ein Gefecht. Die Räumung der sehr sorgfältig ausgebauten Atesiphon-Stellung durch den Feind ist unserer schnellen Vorrücken von Agzie her zuzuschreiben.

Der Aufstand auf Kuba.

Santiago von den Regierungstruppen erstickt.

Basel, 11. März. „Gabas“ meldet aus Washington: Die Truppen der kubanischen Regierung haben die Stadt Santiago nach heftigen Kämpfen genommen. Dies gilt als ein Zeichen, daß die Bewegung der Aufständischen auf Kuba gescheitert ist.

Bern, 11. März. Die Dyoner Blätter über Row York aus Sabana erfahren, ist General Gomez mit seinem ganzen Generalstab nach Sabanna gebracht worden, wo er wegen Hochverrats abgeurteilt werden soll.

Der Krieg in Persien.

Taheran, 9. März. Die russische Gesandtschaft legte den persischen Ministerpräsidenten davon in Kenntnis, daß russische Truppen Bidjar, Senneh, Hamadan, Kengaver und Dehlabad eingenommen hätten.

Schwere feindliche Fliegerverluste.

Berlin, 10. März. Bei wechselnder und meist mäßiger Sicht war am Freitag die feindliche Flugtätigkeit wieder in der Gegend über Arras besonders lebhaft. Unter Einsatz stärkster Kräfte verdrängte der Gegner Einblitz in die Verhältnisse hinter der Front zu gewinnen. Der Versuch ist ihm nicht gelungen. Aus einem englischen Jagdgeschwader, das in Stärke von sieben Bickers-Einheitsen nördlich Arras durchbrach, wurden von unseren Kampffliegern in der Gegend südlich Lens nicht weniger als vier Flugzeuge heruntergeschossen. Die Insassen von dreien, sämtlich englische Offiziere, wurden gefangen genommen; das vierte Flugzeug konnte noch nicht gefunden werden. Im ganzen verloren die Engländer im Luftkampf hinter unseren Linien fünf, hinter den ihren vier Flugzeuge. Zwei weitere Flugzeuge wurden hinter den feindlichen Linien zu beschleunigter Landung gezwungen. Unsere Flugabwehrkanonen holten außerdem hinter unseren Linien einen Caudron-Doppeldecker herunter; die Insassen sind tot. Zusammen macht das zwölf feindliche Flugzeuge an einem Tage.

Kleine Kriegsnachrichten.

Englische Verluste. Der „Daily Telegraph“ veröffentlicht die englischen Verlustziffern und gibt an: Offiziere getötet und verwundet 1216, davon 398 getötet. Mannschaften getötet und verwundet 16 277, davon getötet 6347. Die Verlustziffern während der letzten vier Monate sind nach dem „Daily Telegraph“: Oktober 4668 Offiziere, 102 840 Mannschaften, Prozentfuß an Offizieren 4 Proz., November 2312 Offiziere, 72 450 Mannschaften, Prozentfuß an Offizieren 3 Proz., Dezember 653 Offiziere, 80 711 Mannschaften, Prozentfuß an Offizieren 2,3 Proz., Januar 663 Offiziere, 82 468 Mannschaften, Prozentfuß an Offizieren 2,7 Proz. Es ist auffallend, daß für den Monat Februar der Prozentfuß an verwundenen und getöteten Offizieren auf 7 Proz. gestiegen ist.

Die belgisch-holländische Grenze wurde, wie ein Anferdamer Pressebureau mitteilt, gesperrt.

Eine Beleidigungsklage Stürmers. Wie der „Tempo“ aus Petersburg meldet, ist die Beleidigungsklage Stürmers gegen Kijulow vom Gericht endgültig mit der Begründung abgewiesen worden, daß Kijulows Äußerungen unter die parlamentarische Immunität fallen. Dasselbe Wort weis zu berichten, daß Stürmer um die Erlaubnis zur Verurteilung seines Namens gebeten habe. Er will sich Panin nennen. (A. T. J. g.)

Politische Uebersicht.

Ein Erlaß des Herrn v. Schorlemer.

Der Landwirtschaftsminister Freiherr v. Schorlemer hat an die preussischen Landwirtschaftskammern einen Erlaß gerichtet, worin er nachdrücklich auf die Notwendigkeit hinweist, die ländliche Bevölkerung mehr als es bisher geschehen ist, über die Lage der Lebensmittelversorgung aufzuklären. Der Minister betont, es müsse den Landwirten immer wieder, möglichst auch von ihren führenden Berufsgeossen, gesagt werden, daß es nur dann möglich ist, die städtische Bevölkerung zu ernähren, wenn alles auf dem Lande Entbehrliche abgeliefert wird. Die Landwirtschaftskammern werden von dem Minister ersucht, im Einvernehmen mit den Verwaltungsbehörden die Aufklärungsarbeit in jeder Beziehung zu fördern.

Als geeignete Grundlage hierfür empfiehlt der Minister ein vom Kriegsernährungsamt herausgegebenes Buch: „Die Lebensmittelversorgung und die Mitarbeit der ländlichen Bevölkerung in der Lebensmittelversorgung“. Das Buch ist vor einigen Tagen erschienen und ist auf Wunsch des Kultusministers den Geistlichen und Lehrern auf dem Lande zugestellt worden. Der Erlaß des Landwirtschaftsministers zeigt, daß die preussische Landwirtschaftsverwaltung in voller Uebereinstimmung mit dem Kriegsernährungsamt bemüht ist, die ländliche Bevölkerung über die Ernährungsschwierigkeiten in den Städten aufzuklären.

Aufrufe an die Landwirte.

Das Bezirksamt Augsburg richtete an die Bürgermeister, Lehrer und Geistlichen des Bezirks einen Erlaß, worin es heißt:

„Das einzige, was den Mut unserer Feinde aufrechterhält, ist der Hunger der Großstädte. Jede Nachricht über Ernährungsschwierigkeiten in den Städten rührt den Willen der Feinde, verzögert den Frieden, mehrt die Zahl der Menschenopfer. Darum muß jeder Landwirt hergehen, was er irgendwie entbeuten kann. Welcher bayerische Bauer läßt sich das nachsagen, daß er das Vaterland verläßt und nur an sich dachte? Ein Vaterlandsverräter ist der und bleibt der, der heute nicht seine Pflicht und Schuldigkeit tut. Ich erwarte, daß sich dies keiner meiner Bauern nachsagen läßt.“

Im Anschluß an die Debatte im preussischen Abgeordnetenhaus veröffentlicht der bayerische Bauernführer Dr. Heim einen Artikel, der sich auf die Seite des Ernährungskommissars Dr. Reichel stellt. Dr. Heim führt aus:

Es sei die höchste Zeit, die Tatsachen, die ihm und einem Heinen Kreise Eingeweihter schon seit langem bekannt seien, endlich der Öffentlichkeit klar zu machen. Es sei besser, dem Volke rücksichtslos die Wahrheit zu sagen, als weiter mit einem System zu arbeiten, das unter schwerer Schuld zusammengedrückt sei. 120 Tage gelte es noch, bis zur neuen Ernte durchgehalten. Selbst wenn morgen ein Hungersturm käme, würden wir auf Monate hinaus kein Pfund mehr Brotgetreide des mangelnden Schiffsraumes und der Weltmärkte wegen bekommen. Das müsse dem Volke rücksichtslos gesagt werden. Rücksichtslose Maßnahmen, die angefangen werden würden, müßten ertragen werden, ob sie die Städter oder die Bauern angehen. Dem Gesetz und den Anordnungen des Reiches müsse nachdrücklich Geltung verschafft werden. Aber nicht nur in Bayern und im Süden, sondern auch in Preußen heißen die Agrarier, von denen er nachweist, daß sie beispielsweise die allgemeine Steuerpflicht für Getreide aus der Ernte 1916 heute noch nicht erfüllt hätten.

In diesem Zusammenhang darf nochmals auf die sehr bemerkenswerte Äußerung des Herrn v. Batocki in der Sitzung des Ernährungsausschusses vom 10. März hingewiesen werden: „Es hat sich ergeben, daß die Zahl der Betriebe, die angeblid nur bis zu 20 Zentner Getreide ernten, enorm groß geworden ist. Leider ist eine Kontrolle, ob diese Angaben zuverlässig sind, unmöglich.“

Warum geht es in Lippe?

Nicht nur im Regierungsbezirk Bielefeld, dessen Vorgehen den Jörn des preussischen Landwirtschaftsministers erregt hat, auch im Fürstentum Lippe sind Zwangsmassnahmen für

ausreichenden Kartoffelanbau angeordnet worden. Die lippische Regierung ist aber noch weiter gegangen. Sie hat zwei wichtige Bestimmungen zur Lebensmittelerzeugung und -verteilung erlassen, von denen zu hoffen ist, daß sie einen ernst gemeinten Anfang zur allgemeinen Durchführung des landwirtschaftlichen Produktionszweiges nach vernünftigen Grundsätzen sein werden. Zunächst hat sie unter dem 7. März die sämtlichen Landwirte des Landes zu einem Kriegswirtschaftsverband zusammengeschlossen. Dieser Verband hat eigene Rechte und kann die Beachtung seiner Vorschriften für die landwirtschaftliche Erzeugung usw. erzwingen. Es ist seine Aufgabe, die landwirtschaftliche Tätigkeit zu überwachen. Ausdrücklich heißt es in der Verordnung:

„Der Verband kann im allgemeinen oder in einzelnen Betrieben die Erzeugung zum Zwecke höherer Leistung verändern oder umgestalten. Er kann für bestimmte Erzeugnisse Art und Umfang der Erzeugung vorschreiben.“

Auch im übrigen soll „größtmögliche Wirtschaftlichkeit“ erstrebt werden. Der Verband hat einen besonderen Vorstand und einen Beirat.

Daneben ist wieder ein Landesernährungsamt gebildet, dem der Kriegswirtschaftsverband untergeordnet ist. Das Landesernährungsamt soll für die Erfassung und Verteilung aller Erzeugnisse an Lebensmitteln sorgen.

Nach Lippe reicht der starke Arm des Brotes nicht. Ob das aber für die Ernährung der lippischen Bevölkerung ein Nachteil ist?

Trohung.

Die „Deutsche Tageszeitung“ kommt noch einmal auf die Eingaben der Gewerkschaften zurück, um zu ihnen zu bemerken:

Die Entgeltungen der Eingabe sind und bleiben natürlich höchst bedauerlich, vor allem auch deshalb, weil auch in der landwirtschaftlichen Bevölkerung seit langem eine Stimmung entstanden ist, die viele Besatzungsproben schwerlich mehr erträgt.

Und wenn die „Stimmung“ die „Besatzungsproben“ nicht mehr erträgt — bitte, was dann?

Ein Antrag Oldenburg. Zu dem Antrag des Grafen Wilhelm von Hoensbroech ist dem Herrenhaus folgender Änderungsantrag des Herrn von Oldenburg-Januschou zugegangen:

Das Herrenhaus möge beschließen: Das Herrenhaus gibt seiner Freude Ausdruck, daß der uneingeschränkte U-Boot-Krieg eröffnet ist, weil nur durch die rücksichtslose, durch keinerlei Einfälle abgewardete Durchführung desselben in Verbindung mit der kraftvollen Anwendung aller Kampfmittel ein ehrenvoller, die politische und wirtschaftliche Zukunft des Vaterlandes sicherer Friede, der den gebrachten Opfern entspricht, erkämpft werden kann.

Unterstützt ist dieser Antrag u. a. von den Herren Burggraf zu Dohna-Schladow, von Heiden-Anden, von Kleist, von Köster, Graf von Mirbach-Quitten, Dr. Reuber, Graf zu Rantzau, Graf von Roon, Dr. Fürst zu Salm-Horstmar, Herzog Ernst Günther zu Schleswig-Holstein.

Letzte Nachrichten.

Die Kabinettskrise in Schweden.

Stockholm, 11. März. Laut „Stockholms Tidningen“ haben die Erwägungen im Ministerium zu einem vorläufigen positiven Ergebnis in bezug auf den Weg zur Beseitigung der Krise geführt. Eine Zusammenkunft der Regierung mit den Führern der Reichstagspartei dürfte in der nächsten Zeit zu erwarten sein. Diese Nachricht deutet darauf hin, daß es im Ministerium zu einer Einigung in bezug auf die englisch-schwedischen Unterhandlungen gekommen sei.

Die versenkte Tonnage unersehbar.

Bern, 11. März. Laut „Zeit Pariser“ hat Reville Chamberlain in einer Rede in Bradford erklärt: Es sei uns vollkommen unmöglich, durch den Schiffstam, den die Werften fertig stellen, die Tonnage zu ersetzen, die den feindlichen Unterseebooten zum Opfer fällt. Die einzige Lösung, die wir ins Auge fassen können, ist daher die, die Einfuhrziffer noch weiter herabzusetzen.

Kongressberatung und Dampferbewaffnung.

Frankfurt a. M., 11. März. Die „Frankfurter Zeitung“ bringt eine „Gabas“-Meldung aus Washington, Wilson habe das Defekt betreffend die Einberufung des Kongresses auf den 18. März zu einer außerordentlichen Session unterzeichnet. Er habe das Marineministerium angewiesen, die Fahrzeuge bewaffnen zu lassen. Wilson sei bei dieser Maßnahme vom ganzen Ministerium unterstützt worden.

Ein- und Ausfuhr im U-Boot-Krieg.

Bern, 11. März. Eine offizielle Note an die Pariser Presse besagt, daß die Unterredungen zwischen Clementel und dem englischen Arbeitsminister bezüglich der englischen Einfuhrverbote beendet sind und in zahlreichen Punkten ein Abkommen ermöglicht haben, wonach die hauptsächlichsten Erzeugnisse Frankreichs doch nach England eingeführt werden dürfen. Die Einfuhr anderer Artikel werde nach einer Prüfung unterzogen, um ein endgültiges Abkommen zu erzielen, welches nach Möglichkeit die Interessen der französischen Produktion wahren soll.

Madrid, 10. März. (Agence Gabas.) Nach dem Ministerrat erklärte der Finanzminister, daß das Kabinett nach einer Prüfung des Ernährungsproblems beschlossen habe, die Ausfuhr aller Lebensmittel zu erlauben, deren Preishöhe einen Verbrauch durch die Arbeiterklasse in Spanien unmöglich mache.

Ein schlesisches Eichenholz niedergebrannt.

Lauenburg i. Schlef., 11. März. In der vergangenen Nacht ist die am Ufer in der Nähe des Bahnhofs gelegene Eichenholzschleife niedergebrannt. Das Eichenholz und die anstehenden Schuppen sind erhalten geblieben. Die Entstehungsurache ist unbekannt. Von den dort einquartierten Soldaten werden drei bezichtigt, die wahrscheinlich in den Flammen umgekommen sind. Ueberreste verlorener Leichen sind bereits gefunden.

Sturm an der spanischen Küste.

Frankfurt a. M., 11. März. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Madrid: Ein Sturm, der an der ganzen spanischen Küste wüthete, war besonders heftig auf der Halbinsel Gibraltar. Sieben eingelaufene große Schiffe sind gesunken oder gescheitert.

Aus Groß-Berlin.

Wandlungen der Zeit.

Am Kollendörferplatz begegnete er mir. Beinahe wäre ich an ihm vorübergegangen.

„Ja, ja,“ lachte er und kam auf mich zu. „Ich bin's wirklich, Sie staunen wohl? Wir haben uns lange nicht gesehen — die ganze Kriegszeit wohl nicht, was —?“

„So lange ist es mindestens her,“ erwiderte ich und drückte seine Hand. „Erkannt hätte ich Sie aber fast nicht mehr.“

„Sagen Sie's nur, mein alter Kopf irritiert Sie?“ unterbrach er mich vergnügt und strich mit den Fingern durch den buschigen Schnauzbart, der ebenso wie das Haupthaar schneeweiß war.

„Sie waren doch vor dem Kriege noch beschönigt...“ fragte ich gelehrt; — das Rästel, wie ein Mensch, wenn auch in schwerer Zeit, so schnell altern konnte, beschäftigte mich immer noch.

„Beschönigt?“ Er lachte bitter. „Ach, wenn Sie wüßten, wieviel Farbmittel ich gekauft und aufgetragen habe, um so „pechschwarz“ erscheinen zu können. Ich war schon Mitte der Dreißiger so grau wie ein Ei — in Ehren, natürlich! — aber das erstere war die Hauptsache und für mich weit mehr als ein Schönheitsfehler, es war der Ruin meiner Existenz oder wäre es geworden, hätte ich nicht durch die Chemie die nichtswürdige Natur korrigiert. Es war dringend nötig, denn mit jedem Jahre wurde ich weißer, und glauben Sie vielleicht, daß mich in Friedenszeiten einer engagiert hätte mit so'n alten Kopf? Ueber mein Geburtsjahr ging ich bei der Bewerbung möglichst aalglatt hinweg oder drückte mich etwas undeutlich aus. Zuletzt halfen aber alle meine Schliche nicht mehr, mit meinen 50 Jahren konnte ich keinen Buchhalterposten mehr ergattern, obgleich ich gesund und rüstig war. Ich mußte dann meiner Frau beim Schneidern helfen, bis einige Zeit nach Kriegsausbruch. Da stiegen wir „Alten“ rasch im Kurse. Ich brauchte die Haare nicht mehr zu lutschen, brauchte mein Geburtsjahr nicht mehr auf der Junge zu geknien, die Stellen flogen mir nur so zu — ach, wenn ich mich doch nur hätte verdreifachen können!“ Er redete sich stolz und kräftig, seine Augen glänzten jugendlich. „Nun, ich kann wieder meinen Mann stehen, brauche vorläufig nicht mehr Handlanger bei meiner Frau zu sein...“

Sachend rieb er sich die Hände. Ich hatte ihn bis zur nächsten Poststelle begleitet. Noch einmal winkte er vom entleerten Wagen herunter und sein Gesicht strahlte, als hätte er das große Los gewonnen.

„Daß Arbeit so glücklich macht! dachte ich beim Weitergehen. Und dann erinnerte ich mich der Zeit, wo dieses Glück so vielen Arbeitsfreudigen vorenthalten wurde, wenn sie eine bestimmte Altersgrenze überschritten hatten. Mit 30 Jahren mußten Arbeiter und Angestellte schon über ihr „Alter“ nachzudenken beginnen, mit 35 Jahren wurden sie bereits in keine Betriebsklasse mehr aufgenommen und mit dem Eintritt ins Schwabenalter waren sie vielfach für ihren Beruf erledigt. Es wäre zu wünschen, daß der Krieg diesem sozialen Uebel für immer ein Ende machte und daß jeder arbeitsfähige Bürger zu seinem und des Volkes Nutzen die schaffensfreudigen Hände regen könnte — ohne „färben“ oder „funkteln“ zu müssen!“

Kartoffelforgen in der Laubkolonie.

Die Frage der Beschaffung und zweckmäßigen Verwendung von Kartoffelsaatgut wurde am Sonntagabend in einer vom „Ariensklub“ der Groß-Berliner Laubkolonien einberufenen öffentlichen Versammlung erörtert. Die Beteiligung war so stark, daß der große Saal von Kellers „Neue Philharmonie“ (Köpenicker Straße) sich rasch füllte. Auch städtische und staatliche Behörden hatten Vertreter entsandt und beendeten hiermit, daß man den sonst soviel angefeindeten Laubkolonisten jetzt als unentbehrlichen Mitarbeiter bei der Rohstoffbeschaffung zu schätzen weis. Die Sorge, woher für den Kartoffelbau diesmal das Saatgut genommen werden soll, ist für Laubkolonisten besonders drückend. Herr Broderjen, Garteninspektor der Stadt Berlin, entwarf in seinem Vortrag ein Bild von den Schwierigkeiten, die infolge der Kartoffelmangel zu erwarten seien. Er zeigte die Möglichkeit, sich Saatgut aus den noch vorhandenen Beständen von Gärten ohne allzu große Schmälerung der zur Ernährung notwendigen Vorräte zu beschaffen. Unter anderem empfiehlt er das nicht neue, aber meist nur unter dem Zwang des Mangels angewendete Verfahren, von der Kartoffel den mit den kräftigsten Augen besetzten oberen Teil allein zur Aussaat zu benutzen. Jeder Laubkolonist und jeder Kleingartenbesitzer solle dafür sorgen, daß in seinem Haushalt keine Kartoffel in den Stockhof wandere, bevor ihr dieser für die Aussaat wertvollste Teil im Gewicht von 10 Gramm abgemessen ist. Hierzu werde er allerdings nur Spätkartoffeln haben, so daß ihm beim Kartoffelbau diesmal die sonst auf Laubland und in Kleingärten bevorzugten Frühkartoffeln erziehen müßten. Die abgemessenen Kartoffelköpfe sollen in trockenerm Raum luftig und trocken bis zur Pflanzzeit aufbewahrt werden, entweder in Körben oder Lattebüchsen liegend oder auch auf Brettern oder dem Fußboden in einer bis 20 Zentimeter hohen Schicht ausgebreitet, und sie sind dann als Seehlinge ebenso wie ungeteilte Saatkartoffeln zu behandeln. Broderjen berechnet, daß die etwa 50 000 Laubkolonisten Groß-Berlins, wenn er für jeden durchschnittlich 100 Quadratmeter Kartoffelfläche annimmt, 50 Millionen Seehlinge brauchen. Er fordert, man solle auch in Gärten, Volksgärten, Straßengärten und Hofgärten die Kartoffeln zur Gewinnung von Seehlingen ausmühen, und konnte mitteilen, daß für die Anstalten der Stadt Berlin der Magistrat das bereits angeordnet hat. Das gleichfalls erfolgversprechende Verfahren, dem Mangel an Saatkartoffeln durch Gewinnung von Stecklingen abzuhelfen, erfordert in der Regel die Mitwirkung eines Gärtners. Für die Berliner Handelsgärtner erklärte Herr Kohlmannslehner, sie seien bereit, Stecklingsgut im großen zu betreiben. Sie würden das aber nicht ohne sichere Aussicht auf Abnehmer wagen, daher empfehle er Lieferungsverträge zwischen ihnen und den Vereinigungen der Laubkolonisten.

In der Versammlung wurde noch mitgeteilt, daß die Bundesratsverordnung, die den Kleingartenbesitzern unter der Selbstverwaltung gereicht hat, für Kartoffelflächen bis zu 200 Quadratmeter fortan nicht gelten soll. Diesen Bescheid hat neuestens die Reichskartoffelstelle auf eine Eingabe erteilt und sie hat zugleich in Aussicht gestellt, daß für die darauf geernteten Kartoffeln künftig auch die „Ausfuhrermehrung“ anstandslos bewilligt werden soll. Entsprechende Anweisung werde an sämtliche Gemeindeverwaltungen Groß-Berlins ergehen.

Vom Umsteigeverkehr bei der Straßenbahn.

Umsteigeverkehr zwischen Straßenbahn und Hochbahn gibt es in Berlin-Ost an der Warschauer Brücke. Mit besonderem Umsteigefahrplan, der einen Preiszuschlag kostet, kann man von der Hochbahn auf die nach dem Viehhof und nach Lichtenberg führenden Straßenbahnen übergeben und umgekehrt von den Straßenbahnen auf die Hochbahn. Der von den Straßenbahnen kommt, hat

bei der Hochbahn auf diesem Ausgangsbahnhof meist ein bequemes Mitkommen. Nach von der Hochbahn zu der nach Lichtenberg führenden Straßenbahn, die hier ihren Anfang nimmt, kann man in der Regel noch müde- und lamplos umsteigen. Doch wehe dem, der in dieser Zeit der Verkehrsbeschränkungen einmal in den Stunden des stärksten Verkehrsandranges von der Hochbahn zu der von der Stadt betriebenen nach dem Viehhof führenden Straßenbahn umsteigen will! Die dort vom Südosten her eintreffenden Wagen sind in schier ungläublicher Weise überfüllt, und selbst die vom benachbarten Stralauer Tor abgehenden leider nur spärlichen Einsteigewagen haben, wenn sie an der Warschauer Brücke anlangen, oft schon eine Ladung von Lieberzähligen. Die aus dem Hochbahnhof herausströmenden Umsteigefahrer können es namentlich gegen Abend erleben, daß sie Viertelstunden und länger an der Warschauer Brücke in eisigen Wind ausbarren müssen und in keinem Straßenbahnwagen mitkommen. Manchmal fährt ein Wagen nach dem andern ohne Anhalten an ihnen vorbei, weil nicht eine einzige Person mehr mitgenommen werden könnte. Inzwischen bringt die Hochbahn, die ja um diese Zeit auch da draußen fünfminutenverkehr hat, immer neue Umsteigefahrer, für die an kein Mitkommen zu denken ist. Viele geben schließlich den aussichtslosen Kampf auf und legen den Weg auf Schusters Rappen fort, unter Verlust des Verkaufserlöses, den sie für ihren Umsteigefahrer bezahlt haben. Nach einem Vermerk auf diesen Fahrkarten gelten sie zur „Fahrt ohne Unterbrechung“, so daß die Rückholung der Straßenbahnfahrt an einem anderen Tage wohl nicht zulässig ist. Wir selber haben schon einen kleinen Grundstock zu einer Sammlung solcher nicht voll benutzten Umsteigefahrer und glauben, daß wir bei Fortdauer dieser Zustände dem Magistrat später einmal eine recht stattliche Kollektion für das Märkische Museum überreichen könnten. Wissen möchten wir, ob bei der Auseinandersetzung und Abrechnung zwischen Hochbahngesellschaft und Stadtgemeinde auch aus den nicht voll benutzten Umsteigefahrern dem Stadtbüchel ein Einmahleanteil zufließt. Da könnte die Stadt ja wohl ein recht anständiges Geschäft machen. Aus dem Verlauf von Umsteigefahrern zur „Fahrt ohne Unterbrechung“ folgt doch wohl die Verpflichtung, durch Freibringung der Einsteigewagen die Beförderung zu ermöglichen.

Rassenverhütung von Schönerberger Kindern aufs Land. Der Schönerberger Magistrat beabsichtigt im Frühjahr und Sommer eine Rassenverhütung von Schülern minderbemittelter Eltern aufs Land vorzunehmen. Es sollen etwa 6000 Kinder, Knaben und Mädchen, im Alter von 10 bis 14 Jahren zur Erholung auf dem Lande untergebracht werden. Berücksichtigt sollen nicht nur Schüler und Schülerinnen der Volk- und Mittelschule, sondern auch solche aus höheren Lehranstalten werden. Die Kinder sollen möglichst klassenweise unter Begleitung von Lehrpersonen hinausgeschickt und auf dem Lande in Einzelfamilienpflege gegeben werden. Sie sollen einen Unterricht von etwa zwei Stunden täglich erhalten, und sonst mit leichten landwirtschaftlichen Arbeiten beschäftigt werden. Der Magistrat hofft, daß es möglich sein wird, die Kinder für einen täglichen Versorgungssatz von 50 Pf., der von der Staatsregierung als angemessen bezeichnet worden ist, unterzubringen, und daß die Eisenbahnverwaltung bei der Berechnung der Fahrpreise entgegenkommen zeigen wird. Erholungsbedürftige Kinder unter 10 Jahren und kranke Kinder werden nach wie vor in den städtischen Erholungsheimen, wie Ferienkolonien, den städtischen Erholungsstätten in Siedlung und Volkpark untergebracht werden.

Ein Raubanfall wurde am Sonntagabend auf einer Kassiererin in dem Warenhaus von Jandorf am Plüschplatz verübt. Sie hatte gegen 5000 M. aufgezählt, um ihren Abschluß zu machen, als sie plötzlich von einem von zwei jungen Burschen, die sich unauffällig an ihren Stand herangemacht hatten, einen Schlag ins Gesicht erhielt. Auf ihr Geschrei kamen Leute herbei, und ein Soldat ergriff den Räuber, bevor er sich des Geldes bemächtigen konnte. Der andere Bursche entfloh. Der Verhaftete, ein 18 Jahre alter Arbeiterbursche Edwin Kersten aus der Tiefenbachstraße 40, schnitt sich auf dem Wege nach der Wache mit einem scharfen Küchenmesser die Fußabdrücke auf und mußte nach der Charité gebracht werden. Er ist so schwer verletzt, daß er noch nicht benommen werden konnte. Der Entkommene ist ein älterer Bruder von ihm.

Der heutigen Vollversammlung des Zweckverbandes Groß-Berlin liegt unter anderem Gegenwärtig eine Vorlage zur Kenntnisnahme vor, in der der Verbandsdirektor über die Ergebnislosigkeit seiner Verhandlungen mit der preussischen Staatsregierung wegen der baulichen Erleichterung sozialer Ländereien berichtet. In dieser Vorlage haben die sozialdemokratischen Mitglieder der Verbandssammlung folgenden Antrag gestellt:

„Die Verbandssammlung ersucht den Verbandsausschuß, die Verhandlungen mit erhöhtem Nachdruck fortzusetzen und ihr binnen sechs Monaten erneut Bericht zu erstatten.“

Wetternachrichten bis Dienstag mittag. Langsam von Westen nach Osten fortschreitende Erwärkung, östlich der Ober vielwolkiger, weiter westlich meist bewölkt und später geringe Niederschläge.

Gewerkschaftliches.

Die Lohnbewegung der Schriftgießer.

Zu einer entscheidenden Stellungnahme in der Frage der Feuerungszulage hatten sich am gestrigen Sonntag die in Schriftgießereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen wieder in einer gutbesuchten Versammlung zusammen gefunden. Wie in der Versammlung berichtet wurde, ist die Forderung einer Feuerungszulage von 30 Proz. von den Prinzipalen in der Verhandlung dieser Tage stattdessen, glatt abgelehnt worden. Ein Vorschlag der Prinzipale wurde als unannehmbar verworfen. Die Arbeitervertreter verhandelten darauf unter sich und schlugen dann als das Mindeste, das sie vertreten könnten, folgendes vor: Bei Lohnarbeit wöchentliche Zulagen von 6 M., bei einem Lohn bis zu 30 M., von 5 M., bei einem Lohn von 30—45 M., von 4 M., bei einem Lohn von 45—60 M.; für familiäre Arbeiter wöchentlich 5 M. und für Arbeiterinnen wöchentlich 1,50 M. — Auch diesen entgegenkommenden Vorschlag lehnten die Prinzipale ab, indem sie als „letzte Wort“ noch eine Zulage anboten, die bei Lohnarbeit betragen sollten: 4,50 M. bei Löhnen bis zu 30 M., 3,50 M. bei Löhnen von 30—45 M., und 2,50 M. bei Löhnen von 45—60 M., sowie 5 Proz. für Arbeiterarbeit und 1 M. wöchentlich für Arbeiterinnen. — Die Arbeitervertreter erklärten die Annahme dieses Vorschlages für unmöglich und brachen die Verhandlungen ab, um die Entscheidung der Versammlung der Kollegen und Kolleginnen zu überlassen.

Die Versammlung verwarf nun noch lebhafter Diskussion den Vorschlag der Prinzipale als viel zu gering, zumal seit 6 Jahren keine Lohnerhöhung erfolgt ist. Auch wurde der Vergleichsvorschlag, den die Arbeitervertreter in jener Verhandlung mit den Prinzipalen gemacht hatten, als nicht genügend bezeichnet.

Es wurden vielmehr folgende Forderungen beschlossen: Lohnarbeiter erhalten wöchentliche Zulagen von 10 M. bei Löhnen bis zu 45 M. und von 8 M. bei Löhnen von 45—60 M.; Arbeiter erhalten wöchentlich 7,50 M. und Arbeiterinnen wöchentlich 8 M. — Diese Forderungen sind am Montag früh in den Werkstätten zu stellen. Eventuell will man die Konsequenzen ziehen.

Frauen-Leseabende.

Schöneberg. Heute, Montag, 8 Uhr abends, Leseabend bei Frau J. Kubensstraße 20, Ecke Begasstraße.

Aus aller Welt.

Um den Tod des Kindes. Wien, 10. März. Die Gemahlin des hiesigen brasilianischen Honorarprofessors Jäger verübte aus Schmerz über das Ableben ihres Kindes einen Selbstmordversuch. Als der Gatte in die Wohnung kam, fand er seine Frau leblos auf. Er griff sogleich nach einem Revolver, feuerte ihn gegen seine Schläfe ab und brach tot zusammen. Frau Jäger kam wieder zu Bewußtsein und wurde ins Spital gebracht.

Der Schiffbau in Hongkong.

Hongk., 11. März. (Frankf. Atp.) Reuters meldet aus London: Das amerikanische Handelsministerium in Washington macht in seinen Berichten interessante Mitteilungen über den Schiffbau in Hongkong, der, wie die Berichte sagen, in den nächsten Monaten einen namhaften Beitrag an Schiffraum im fernem Osten liefern werde. Für die Fahrt von Singapur nach Hongkong und für andere Linien seien zahlreiche Schiffe im Bau, um die Schifffahrt, die vor dem Kriege durch Deutsche ausgeübt wurde, zu verdrängen. Verschiedene große Dampfschiffe seien gebaut, auch sei in der Kolonie der Bau zahlreicher kleinerer Dampfer, Schleppdampfer und Lichterschiffe im Gange. Ein großer Teil des Materials für den Schiffbau in Hongkong komme gegenwärtig aus den Vereinigten Staaten.

Verantwortlich für Politik: Hermann Müller, Tembelhof; für den übrigen Teil d. Blattes: Alfred Scholz, Reußhain; für Anzeigen: E. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Carl'sche Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co. Berlin SW.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.
Bezirk Tegel.
Am 9. März verschied unser langjähriger Kollege
Ernst Rentner
im Alter von 53 Jahren.
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 13. März, nachmittags 3/4 Uhr, auf dem Tegel Friedhof statt.
Um rege Beteiligung bitte
Der Vorstand.

Spezial-Arzt
Dr. med. Hasche,
Friedrichstr. 90
direkt am Stadtbahnhof
Behandlung von Syphilis, Haut-, Harn-, Frauenleiden, (bes. chron. Fälle. Heilich-Haas-Kuren, Schwere, letzte, kürzeste Behandlung ohne Beurlaubung, Blutuntersuchung, Röntgen, Röntgen, Sprechstunden 10-1 und 5-8, Sonnt. 11-1.

Uhren - Goldwaren
Piltz & Co., Lindenstr. 109.

Zigaretten
direkt von der Fabrik zu Originalpreisen
100 Zig. Kleerverkauf 1,8 Pfg. 1,00
100 " " " " 2,50
100 " " " " 3 " 2,50
100 " " " " 4,2 " 3,50
100 " " " " 6,2 " 4,60
Versand nur gegen Nachnahme von 100 Stück an.
prima Qualitäten, von 100,- bis 200,- M. p. Mille
Goldenes Hals Zigarettenfabrik
G. b. m. H.
Berlin, Friedrichstraße 99.
Fernspr. Zentrum 7437.

CARDINAL
ZIGARETTEN
sind Qualitätsmarken

FOVEAUX
RAUCHTABAKE
überall erhältlich

Spezialarzt
Dr. med. Karl Reinhardt.
Potsdamer Str. 117 a. d. Lützowstr. Sprechst. 4, 13 u. 1/2-1/10 U. abds., Sonnt. 11-1
Aufklärende 48 Seiten starke Broschüre 50 Pf., nach außerhalb 1 M. in verschlossenem Kuvert

Admiralspalett.
Schlittschuhläufer - Ballet a. d. Oper „Der Proheta“
Nur noch kurze Zeit das herrliche **Frau Fantasia.**
Eis-Ballett
Vorzügl. Küche auf all. Plätzen.
Konz. Einödhofer bis 11/1, U.

Lombard-Haus
H. Graf, Leipzigerstr. 75 II
Volle normale Beleuchtung
Diskretion, Respekt
Gelegenheitskäufe
Urea
Brillianten
Schmucksachen
10-50% unter Ladenpreis

J. Müller
Arbitrarfamilium
J. Müller
Ju Jovian Minninn
Lepus!
Berlin W. 68, Lindenstr. 3

Lehrmädchen
im Alter von 14-18 Jahren
aus achtbarer Familie gegen monatliche Vergütung sofort gesucht.
Meldungen in Begleitung der Eltern oder des Vormundes 10-2 Uhr vormittags oder 5-7 Uhr nachmittags in der Personalverwaltung IV. Stock. (1611)

A. Jandorf & Co.
Belle-Alliance-Straße 1/2.